



Die Blaue Fahne

Alternative Ratspolitik für Bielefeld

Ausgabe 7+8 / 2023

AfD-ANTRAG ZUR REGELMÄSSIGEN ÜBERPRÜFUNG DER SICHERHEITSLAGE DER STADT ABGELEHNT

Wir haben informiert und diskutiert, aber am Ende setzten die Altparteien ihre legale Heroinvertgabestelle durch, die hunderte Abhängige aus der ganzen Region nach Bielefeld locken und mit sauberen Drogen versorgen soll. Wir lehnten dieses Vorhaben zu jedem Zeitpunkt entschieden ab. Die Fraktionen der CDU, SPD, Linken und Grünen beschlossen dennoch eine sozialverbandliche Heroinvertgabestelle.

Dr. Florian Sander, Vorsitzender und sozialpolitischer Sprecher der AfD-

Ratsgruppe, sprach sich im Ausschuss gegen den geplanten Drogentourismus aus. Als klar wurde, dass das Vorhaben nicht mehr zu verhindern sein würde, brachte er einen Änderungsantrag ein und forderte, die Auswirkungen der Vergabestelle auf die Sicherheitslage in Bielefeld regelmäßig zu überprüfen. Besonders der Bereich um den Hauptbahnhof, an dem „Patienten“ der Diamorphinpraxis aus der Region ankommen werden, gilt schon jetzt als Szenetreff für Drogenabhängige, an dem

sich normale Bürger kaum mehr vorbei trauen.

Sander begründet: „Da CDU, SPD und Co. diesen Risikofaktor für Bielefeld durchsetzen, habe ich beantragt, die Diamorphin-Praxis in regelmäßigen Abständen hinsichtlich der Auswirkungen und Effekte der Heroinvertgabe auf die Sicherheitslage zu evaluieren. Da die Altparteien die Stadt lieber mit Drogenabhängigen fluten, als einem Antrag der AfD zuzustimmen, wurde die Initiative erwartungsgemäß abgelehnt.“

ZAHL DES MONATS

750 Euro

So viel Geld hat ein 31-jähriger aus Bielefeld versucht der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) zu überweisen. Die Finanztransaktion schlug fehl und der Spender musste nun wegen „Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland“ vor Gericht.

Wir finden: Islamistischer Terror geht uns alle an und wer ihn unterstützt, muss hart bestraft werden. Wir fordern außerdem einen Gedenkort für Opfer des IS und islamistischer Gewalt.

AfD-ANFRAGE: GEDENKSTÄTTE FÜR OPFER VON ISLAMISMUS?

Im Zuge NRW-weiter Razzien wurde im Juli in Bielefeld eine mutmaßliche IS-Terroristin verhaftet. Die Festnahme macht einmal mehr klar: Islamismus stellt auch für Bielefelder eine reale Gefahr dar. Deshalb fordern wir eine Bielefelder Gedenkstätte für Opfer des IS und islamistischer Gewalt.

Dr. Florian Sander stellt fest: „Bielefeld unterhält einen Gedenkort für Opfer rechtsextremer Gewalt, obwohl es im Rahmen der überregional bekannt gewordenen Morde weder im Falle der Opfer noch der Täter eine direkte Verbindung zu dieser Stadt gibt.

Die Gefahr durch Islamisten hingegen betrifft Bielefeld direkt, wie

die Festnahme der mutmaßlichen IS-Terroristin zeigt. Wenn also eine Gedenkstätte für Opfer rechtsextremer Gewalt in den Augen der Stadtverwaltung und der Ratsmehrheit eine Berechtigung hat, müsste der Bedarf nach einem Denkmal für Opfer islamistischer Gewalt erst recht bestehen.“

Wir haben daher eine Anfrage an die Stadtverwaltung gerichtet, ob eine Gedenkstätte für die vielen Opfer islamistischer Gewalt geplant ist. Außerdem fragen wir nach, ob angedacht ist, einen Dialogprozess über die Errichtung eines solchen Gedenkortes mit den islamischen Gemeinden und Verbänden anzustoßen.

AfD-ANFRAGE: ROT-ROT-GRÜNE JUBELVERANSTALTUNG?

„Fast wie in Hollywood“, feierte das Westfalen-Blatt den neuen Imagefilm „Bielefeld fährt Rad“, der vor kurzem im Bielefelder „Lichtwerk“ gezeigt wurde und in welchem auch SPD-Oberbürgermeister Pit Clausen zu sehen war. Wie viel den Steuerzahler die Vorführung gekostet hat, wurde verschwiegen.

Wie sich die Gästeliste zusammensetzte, blieb ebenfalls unklar. Handelte es sich um eine öffentliche Vorstellung oder waren neben den 49 Darstellern lediglich ausgewählte Personen eingeladen?

Um Licht in das Dunkel zu bringen, haben wir diesbezüglich eine Anfrage an die Stadtverwaltung ge-

stellt. Außerdem haken wir nach, welche Kosten der Stadt bei der Veranstaltung entstanden sind.

Der Initiator der Anfrage, AfD-Ratsherr Maximilian Kneller, hegt einen Verdacht: „Falls auf Steuerzahlerkosten eine Jubelperser-Veranstaltung für Rot-Rot-Grün und ihre Fahrrad-Agenda abgehalten wurde, haben die Bürger ein Recht es zu erfahren.“



VERSTÄRKTE KONTROLLEN

Die Polizei kontrollierte Anfang August vermehrt Bielefelder Problemzonen. Der Fokus der Beamten lag dabei auf Gewaltkriminalität und es wurden mehrere Waffen sichergestellt. Bei Drogen seien die Uniformierten besonders an der „Tüte“ und am von Afrikanern stark frequentierten Kesselbrink fündig geworden.

Wir fordern schon lange verstärkte Überprüfungen an den einschlägigen Orten. Die Kontrollen müssen über den landesweiten Aktionstag hinaus aufrecht erhalten werden. Wer erwischt wird, muss dauerhafte Platzverweise erhalten und gegebenenfalls abgeschoben werden.

AfD-ANFRAGE: VIGNETTEN FÜR FAHRRADFÄHRER ALS FAIRE LÖSUNG FÜR ALLE?

Die Stadt Bielefeld kalkuliert bei den Kosten für das geplante Fahrradparkhaus im Bunker am Hauptbahnhof mit 12 bis 14 Millionen Euro. Neben allen Fördergeldern wird die Stadt Eigenkosten in Höhe von mindestens (!) 3,5 Millionen Euro tragen müssen.

Für diese Kosten müssen auch Steuerzahler aufkommen, die gar kein Fahrrad fahren. Maximilian Kneller findet das ungerecht und hat eine Lösung parat: „In anderen Ländern respektive der Schweiz wird eine Kostenbeteiligung von Radfahrern auf Bundesebene diskutiert.“

Mehrere Politiker bringen dort einen Gesetzesentwurf auf den Weg, der eine Vignette für 20 Franken pro Fahrrad und Jahr vorsieht. Das ist eine faire Lösung für alle. Wer zusätzliche Rechte oder wie im Falle Bielefeld ein exklusives Fahrradparkhaus bekommt, muss auch zusätzliche Pflichten auf sich nehmen.“

Aus diesem Grund haben wir auf Initiative von Maximilian Kneller eine neue Anfrage gestellt. Wir möchten wissen, wie viel Geld die Einführung besagter Vignette in die Kassen der Stadt spülen und wie stark sie den fahrradlosen Bielefelder dadurch

entlasten würde. Außerdem erfragen wir, welche sonstigen Maßnahmen, Radfahrer fair an den Kosten der Verkehrswende zu beteiligen, geplant sind.

IMPRESSUM

AfD-Ratsgruppe Bielefeld
Niederwall 25
33602 Bielefeld

Vorsitzender:
Dr. Florian Sander

Kontakt: presse.ratsgruppe@afd-bielefeld.de

KOSTENLOSES ONLINE-ABO DER BLAUEN FAHNE?

Möchten Sie die Blaue Fahne **kostenlos** und digital abonnieren?
Senden Sie eine E-Mail, mit dem Betreff „Blaue Fahne“ an:

presse.ratsgruppe@afd-bielefeld.de

